



Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Seite 1 von 1

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18 WAHLPERIODE

VORLAGE
18/1690

A14

25 SEP. 2023

Aktenzeichen
5122-1.351/RA
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiterin: Frau Möbus
Telefon: 0211 8792-419

23. Sitzung des Rechtsausschusses des Landtages am 27. September 2023

Öffentlicher Bericht der Landesregierung zu dem Tagesordnungspunkt „Ein Jahr nach der Regierungsübernahme durch CDU/Grün: Welchen Plan verfolgt der Minister bei der Verbesserung der Personalsituation, auf den Geschäftsstellen in NRW?“

Anlage

1 Bericht

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

als Anlage übersende ich den öffentlichen Bericht der Landesregierung zu dem o.g. Tagesordnungspunkt zur Weiterleitung an die Mitglieder des Rechtsausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Benjamin Limbach

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf
Telefon: 0211 8792-0
Telefax: 0211 8792-456
poststelle@jm.nrw.de
www.justiz.nrw



**Ministerium der Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen**

23. Sitzung des Rechtsausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 27. September 2023

Schriftlicher Bericht zu TOP

„Ein Jahr nach der Regierungsübernahme durch CDU/Grün:
Welchen Plan verfolgt der Minister bei der Verbesserung der
Personalsituation auf den Geschäftsstellen in NRW?“

Mit dem vorliegenden Bericht erfolgt die Beantwortung folgender, unter diesem Tagesordnungspunkt aufgeworfenen Fragen:

1. *Wie wird der Justizminister die Ausstattung der Geschäftsstellen der Gerichte in NRW mit Personal weiter unterstützen?*
2. *Wird der Justizminister dafür in den Haushaltsberatungen 2023/2024 weitere Gelder für*
 - a) *Bessere Bezahlung des vorhandenen und des zukünftigen Personal einsetzen*
 - b) *Mehr Gelder für die Bewerbung der Berufe einsetzen*
3. *Für Beides gilt die Frage: Wenn „Ja“, in welcher Höhe?*
4. *Für Beides gilt die Frage: Wenn „Nein“, warum nicht?*

Zu 1.:

Der demografische Wandel und eine Vielzahl vorzeitiger, altersbedingter Abgänge, deren genaue Anzahl und Zeitpunkt nur bedingt vorhersehbar sind, haben dazu geführt, dass im gerichtlichen und staatsanwaltlichen Bereich der Planstellen der Laufbahngruppe 1.2 (Justizfachwirtinnen, Justizfachwirte) eine deutliche Besetzungslücke entstanden ist. Der Zugang zu der Laufbahn erfolgt über justizeigene, zum Teil anwärtergespeiste Ausbildungen: Die Einstellung von Schulabgängerinnen und Schulabgängern als Anwärtinnen und Anwärter, die Zulassung von ausgebildeten Justizfachangestellten zu einem verkürzten Vorbereitungsdienst sowie die Einstellung von „externen“ Bewerberinnen und Bewerbern mit einer förderlichen Berufsausbildung, die die Ausbildung im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses absolvieren. Um die Stellenbesetzung im Bereich der Laufbahngruppe 1.2 nachhaltig zu verbessern, wurde die Ausbildung in den letzten Jahren massiv ausgeweitet:

Haushalts-jahr	Anzahl der Einstellungsermächtigungen für Schulabgängerinnen und Schulabgänger	Anzahl der Zulassungen von Justizfachangestellten zum verkürzten Vorbereitungsdienst	Anzahl der Stellen für Ausbildung im öffentlichen rechtlichen Ausbildungsverhältnis	Summe
2019		70	50	120
2020	150	70	70	290
2021	220	70	70	360
2022	220	70	70	360
2023	220	70	70	360*

* Hinzu kommt noch eine zusätzliche Lehrgruppe für den verkürzten Vorbereitungsdienst für den Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm.

Die Landesregierung sieht in der Personalgewinnung eine der wichtigsten Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der Justiz. Daher soll die in den letzten Jahren begonnene Ausbildungsoffensive als einer der wichtigsten Eckpunkte des Einzelplans 04 mit dem Haushalt 2024 fortgesetzt werden: Für den Bereich der Laufbahngruppe 1.2 wird im Haushaltsentwurf 2024 Vorsorge dafür getroffen, dass zwei zusätzliche Unterrichtsklassen bei dem Ausbildungszentrum der Justiz in Essen (AZJ) eingerichtet werden können, um weitere 46 Schulabgängerinnen und Schulabgänger zur Justizfachwirtin/zum Justizfachwirt auszubilden. In diesem Zusammenhang sollen auch 5 zusätzliche Stellen für Dozentinnen und Dozenten sowie für die Verwaltung des AZJ die Ausbildung in der Laufbahngruppe 1.2 stärken.

Die bereits getroffenen und die mit dem Haushalt 2024 beabsichtigten Maßnahmen zur Steigerung der Ausbildungskapazitäten werden sukzessive ihre Wirkung entfalten

Zu berücksichtigen ist ferner, dass auf den Serviceeinheiten der Gerichte (und Staatsanwaltschaften) auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingesetzt werden. Für Auszubildende als Justizfachangestellte (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vergleichbar der Laufbahngruppe 1.2) werden im Haushalt jährlich 322 Einstellungsermächtigungen ausgebracht. Soweit darüber hinaus Personalbedarfe bestehen, werden auch externe Kräfte als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingestellt.

zu 2.a), 3., 4.

Auf den Geschäftsstellen der Gerichte (und Staatsanwaltschaften) des Landes Nordrhein-Westfalen sind Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1.2 sowie Tarifbeschäftigte eingesetzt. Die Tarifrunde für die Beschäftigten des Landes steht unmittelbar bevor. Über eine gesetzliche Anpassung der Besoldung der Beamtinnen und Beamten wird - unter Berücksichtigung auch der Ergebnisse der Tarifrunde für die Beschäftigten der Länder - anschließend zu entscheiden sein.

Der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zur tarifrechtlichen Bildung des Arbeitsvorgangs in den Serviceeinheiten und Geschäftsstellen bei Gerichten und in Staatsanwaltschaften folgend wird der überwiegende Teil der Tarifbeschäftigten auf den Geschäftsstellen korrigierend in die Entgeltgruppe EG 9a TV-L und damit höher als bisher eingruppiert. Die dazu erforderlichen - teils hochkomplexen - Umsetzungsarbeiten werden unter Hochdruck und mit dem Ziel betrieben, dass allen Anspruchsberechtigten die zustehenden Beträge bis zum Jahresende ganz oder zumindest in großen Teilen ausgezahlt werden können.

Die Ämter der Beamtinnen und Beamten sind nach der Landesbesoldungsordnung A den Besoldungsgruppe A 6 (Einstiegsamt) bis A 9 mit Amtszulage zugeordnet. Dies entspricht der Zuordnung der Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 1.2 aller

Ressorts, etwa der Finanzverwaltung, der Innenverwaltung sowie der Kommunalverwaltung. Eine Änderung dieser Zuordnung erfordert eine Änderung des Landesbesoldungsgesetzes NRW. Seitens der Landesregierung ist hierzu anzumerken, dass strukturelle Besoldungsverbesserungen immer im Kontext des gesamten Besoldungsgefüges für alle Beschäftigtengruppen gesehen werden müssen. Die Landesregierung hat ferner wiederholt deutlich gemacht, dass diese mit Blick auf die angespannte Haushaltslage – wenn überhaupt – erst im Rahmen des zweiten Teils der Modernisierungsoffensive erörtert werden können.

zu 2.b) 3, 4.

Im Jahr 2023 wurden sowohl Werbemaßnahmen zur Bewerbung einzelner Berufsbilder der Laufbahngruppe 1.2 als auch Maßnahmen zur Steigerung der Bekanntheit der Justiz.NRW als Arbeitgeberin umgesetzt, die auch die Nachwuchsgewinnung der Laufbahngruppe 1.2 unterstützen.

Hierzu zählen:

- Die Kooperation mit der Influencerin Conny.fromtheblock, Ausspielung als Reel (Kurzvideo) und Story (Kurzvideo, i.d.R. verfügbar für 24 Stunden) auf Instagram sowie
- der Dreh eines neuen 360 Grad Films über die Ausbildungen Justizfachangestellte/r sowie Justizfachwirt/in. Der Film richtet sich an Schülerinnen und Schüler und ist sowohl an Schulen im Rahmen eines buchbaren Medienpakets für Berufsorientierungsveranstaltungen, bei Jobcentern bzw. Agenturen für Arbeit als auch auf Ausbildungsmessen an den Ständen von Gerichten über eine VR Brille zu sehen.

Darüber hinaus wurden und werden weiterhin Maßnahmen zur Unterstützung der Nachwuchsgewinnung im Geschäftsbereich umgesetzt:

- Die Bereitstellung von Streumitteln und Informationsmaterial in Printform für Karrieremessen o.ä. Veranstaltungen der Nachwuchsgewinnung,
- die Bereitstellung von Postkarten u.a. für Auszubildende der Laufbahngruppe 1.2,
- die Bereitstellung eines Willkommenspakets mit Streumitteln im Nachwuchsgewinnungsdesign u.a. für Auszubildende der Laufbahngruppe 1.2,
- die Verlängerung des Vertrags für den Unternehmensauftritt der Justiz.NRW in der Schülerapp Scoolio sowie auf der Plattform ausbildung.de,
- die Produktion eines Radiospots für das Oberlandesgericht Hamm zur Bewerbung der Ausbildungsmöglichkeiten bei Gericht sowie
- die Unterstützung des Geschäftsbereichs hinsichtlich einzelner Recruiting-Maßnahmen, z.B. Erstellung von Werbeanzeigen, Anpassung von Messematerialien, etc.

Bis Ende des Jahres wird eine Werbekampagne für alle Ausbildungsberufe und dualen Studiengänge der Justiz.NRW („Einstiegskampagne) über Social Media, Spotify und Google ausgespielt. Im Rahmen der Kampagne werden außerdem Poster zu den Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten bei der Justiz.NRW in 365 Schulen der Sekundarstufe II in NRW platziert. Für die visuellen Werbemittel wurden im August ein Fotoshooting und Videodreh mit Anwärterinnen und Anwärtern sowie Auszubildenden durchgeführt.

Im Mai dieses Jahres wurde die Arbeitgebermarke der Justiz.NRW zunächst intern veröffentlicht. Die Marke wurde in einem intensiven partizipativen Prozess über ca. 1,5 Jahre entwickelt. Sie stellt die Abgrenzung zum Wettbewerb dar und zeigt gleichzeitig, was die Justiz als Arbeitgeberin ausmacht. Sie drückt die gemeinsame Mission aller Mitarbeitenden aus und soll dabei helfen, potenzielle Bewerbende von der Justiz.NRW zu begeistern und für die Justiz zu gewinnen.

Zur internen Kommunikation der Marke wurde Informationsmaterial in Form von „Playbooks“ (Informationsbroschüren) für Führungskräfte gedruckt und alle Behörden mit Plakaten ausgestattet. Um Aufmerksamkeit für die Marke zu schaffen, wurde eine begrenzte Anzahl an Give Aways im Design der Marke beschafft und an Mitarbeitende ausgegeben.

Im Rahmen des Arbeitgebermarkenprozesses, der der Nachwuchssicherung aller Berufsgruppen dient, sind derzeit alle Mitarbeitenden aufgerufen, eine Geschichte aus bzw. rund um ihren Berufsalltag zu erzählen und dazu ihr Gesicht zu zeigen. Die inspirierendsten Geschichten werden ausgewählt und mit einem professionell erstellten Foto im Rahmen einer öffentlichen Ausstellung präsentiert. Die Idee hierbei ist, die Justizmitarbeitenden so abzubilden, dass sich kein Rückschluss auf ihren Beruf ergibt (z.B. durch Dienstkleidung). Informationen zu der Person und ihrer Berufsgeschichte werden erst über einen QR Code abrufbar sein. Die Geschichten der Mitarbeitenden machen die Justiz.NRW und ihre Werte für alle erlebbar. Das hierfür vorgesehene Portraitfotoshooting und die Vorbereitungen der Ausstellung sind für dieses Jahr geplant.

Der Haushaltsentwurf 2024 sieht eine Fortschreibung des Mittelansatzes für die Ausgaben im Zusammenhang mit der Nachwuchsgewinnung vor. Die Planungen für das nächste Haushaltsjahr – im Anschluss an den Markenbildungsprozess ist eine Imagekampagne geplant – erfolgen selbstverständlich auch mit Blick auf die Nachwuchsgewinnung in der Laufbahngruppe 1.2.